

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 2

Artikel: Nicaragua, Junta der Frommen
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093740>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peter Sager zum Thema, wie man aus halboffenen Gesellschaften ganz geschlossene Gesellschaften macht

Nicaragua, Junta der Frommen

Frankreichs Beschluss, Waffen an das sandinistische Regime von Nicaragua zu liefern, wirft einige wichtige Fragen auf: 1) die konkrete Frage nach dem Weg dieses Regimes, und 2) die allgemeine Frage nach der Beurteilung der Revolution in Nicaragua und ihrer Vorläufer, womit 3) auch die Frage verbunden ist, welche Haltung die demokratische Welt zu derartigen Vorgängen einnehmen sollte. Peter Sager untersucht diese Fragen in zwei getrennten Artikeln.

Das Regime der sandinistischen Junta

Diktator Somoza hatte in Nicaragua die über vierzigjährige Herrschaft seiner Familie fortgesetzt, das Volk ausgebeutet, dadurch seinen Reichtum gemehrt, sich über Menschenrechte hinweggesetzt. Kein Zweifel, dass er eine unerfreuliche Erscheinung war.

Allerdings: Somoza hatte kein durchgehend totalitäres Regime eingerichtet. Staatsbürger konnten aus-, Fremde einreisen. Die herrschenden Verhältnisse blieben der Öffentlichkeit nicht verborgen. Vor allem: Somoza stand nicht im Schutz einer internationalen und ideologisch ausgerichteten Allianz. Darum konnte er 1979 gestürzt werden, und das von einer Opposition, die die Menschenrechte einführen und die korrupte Oligarchie in eine pluralistische Demokratie überführen wollte.

Das organisatorisch bedeutsamste Element der Opposition war die Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN), die heute die Macht innehat. Sie fand Anhänger und Verteidiger in der ganzen Welt. Auch in der Schweiz, und hier namentlich beim Hilfswerk der Evangelischen Kirchen (HEKS). Eben diesem Regime lässt die französische Regierung jetzt Waffenhilfe zukommen. Daher ist es nicht ohne Belang, die Politik der Sandinisten in den letzten Monaten etwas näher unter die Lupe zu nehmen.

Kurs der Mitte?

Vordergründig auffallend ist das Bemühen der FSLN, die Opposition auf beiden Seiten auszuschalten. So wurden am 19. Oktober 1981 einerseits zwei führende Mitglieder der Kommunistischen Partei und zwei Funktionäre einer kommunistischen Gewerkschaft, andererseits aber auch vier Mitglieder des Obersten Rates der Freien Wirtschaft (COSEP) verhaftet. Angeklagt — aber nicht verhaftet — wurden drei andere prominente Geschäftsleute.

Umgekehrt erging es 20 Mitgliedern der Kommunistischen Partei: sie wurden verhaftet, aber nicht angeklagt. Damit schien die Kirche mitten im Dorf zu bleiben. Nach offizieller Auskunft sollten Verirrte auf den richtigen Weg zurückgeführt werden. War es mehr als eine Alibiübung?

Die Sowjetunion hat zur Genüge bewiesen, dass ihr an guten Beziehungen zu einer Regierung und am Einfluss auf diese mehr liegt als am Schicksal ihrer Parteifreunde in anderen Ländern. Hitlers Verfolgung von Kommunisten in den dreissiger Jahren hat den Abschluss des Stalin-Hitler-Paktes nicht verhindert, Nassers Verhaftung von Kommunisten seine guten Beziehungen zu Moskau nicht gestört. Die Liste solcher Beispiele könnte fast beliebig erweitert werden. So wird kein Kenner der Sowjettaktik erstaunt sein, dass die Bande zwischen Nicaragua, Kuba und der UdSSR immer enger geknüpft werden.

Bedeutungsvoller sind die Angriffe auf die COSEP. Im letzten November wurde deren Vizepräsident Jorge Salazar durch sandinistische Sicherheitskräfte unter unabgeklärten Umständen ermordet. Der COSEP-Präsident Enrique Dreyfus Morales ist mit drei weiteren Wirtschaftsführern verhaftet worden.

Anlass dazu war der Brief, in dem sich die COSEP gegenüber dem Junta-Führer Daniel Ortega über die missliche Wirtschaftspolitik beklagte. In diesem Brief standen einige Fragen. Sie sind geeignet, den Zustand aufzuzeigen:

● «Was nützt es, eine gemischte Wirtschaft zu befürworten, wenn die FSLN Geschäfte widerrechtlich enteignet?»

● Warum gibt man vor, die politischen Freiheiten seien gewahrt, wenn politischen Parteien keine Versammlungen erlaubt sind oder solche von den ‚göttlichen Banden‘ verhindert werden?

● Warum plakatiert man weltanschaulichen Pluralismus, derweil unabhängige Gewerkschaften gestört und deren Mitglieder inhaftiert werden?

● Warum wird behauptet, die persönliche Sicherheit sei gewahrt, wenn der Verteidigungsminister droht, Antipatrioten an den Strassenlampen aufzuhängen?

● Warum wird die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit zentralamerikanischen Staaten betont, während die FSLN diese Länder in politischen Reden angreift?

● Warum spricht man von den Menschenrechten, wenn die Gesetze der Junta die menschliche Freiheit beschränken?»

Diese Fragen wurden vom Regierungsorgan «Barricada» gar nicht geschätzt, sondern als Anmassung zurückgewiesen. Am gleichen 20. Oktober jedoch unterstrich die Oppositionszeitung «La Prensa», die 1981 bereits fünfmal am Erscheinen verhindert worden war, die Bedenken in breiten Bevölkerungskreisen rührten von der Ungewissheit, ob die Junta das Land tatsächlich in eine Demokratie oder nicht doch eher in einen totalitären Staat nach dem Vorbild der Sowjetunion und Kubas führt.

Die Bedenken sind berechtigt. Die Sandinisten hatten Wahlen innerhalb von zwei Jahren versprochen. Mittlerweile ist das Versprechen vergessen; Wahlen — so heisst es jetzt — würden

An der Schmalstelle des mittelamerikanischen Rückgrats. Das Land in seiner strategischen Umgebung.



bloss polarisieren. Sie sind auf frühestens 1985 verschoben.

Im Schlepptau Moskaus

Der wirtschaftliche Zusammenbruch nach dem Sturz von Somoza konnte dank massiver westlicher Wirtschaftshilfe verhindert werden. Trotzdem richtet sich die Junta wirtschaftlich immer stärker auf die Sowjetunion aus. Im Juli hat Managua ein Abkommen mit Moskau abgeschlossen und dadurch einen Sowjetkredit von 50 Millionen Dollar erhalten. Aber das Geld kann nur zum Kauf sowjetischer Güter verwendet werden; Traktoren und schwere landwirtschaftliche Maschinen von zweiter Qualität. Das Land wird von seinen neuen Machthabern gezwungen, dem gewiss schlechten Wirtschaftsvorbild Osteuropas zu folgen.

Junta-Chef Daniel Ortega bekannte sich in einer Rede vor der UNO-Generalversammlung zum marxistisch-leninistischen Vorbild. Er zitierte darin Grundsatzserklärungen von Verteidigungsminister Humberto Ortega. So folgen die Brüder Ortega als Ideologen auch dem Vorbild der Brüder Castro in Kuba.

Daher ist es nicht erstaunlich, dass die Wirtschaft mit wachsenden Schwierigkeiten kämpfen muss.

Die Investitionen sind von 130 Mio. Dollar im Jahre 1978 auf 60 Mio. Dollar im letzten Jahr gefallen. Die Inflation hat eine Jahresrate von 40% erreicht. Nahrungsmittel wie Zucker und Bohnen werden knapp. Die Schlangen vor den Regierungsläden gleichen sich dem osteuropäischen Muster an, das in vielem wegleitend wird; das Streikrecht wurde aufgehoben. Das Budgetdefizit wuchs auf 275 Mio. Dollar an, die Auslandsverschuldung seit Mitte 1980 von 1,6 auf 2,4 Milliarden Dollar. Auf diesen Weg hat sich Osteuropa vor 30 Jahren begeben. Die Folgen sind bekannt; sie werden sich in Nicaragua viel rascher in ähnlicher Weise bemerkbar machen.

Als Ersatz – eine Armee

Nicaragua weist eine Bevölkerung von 2,4 Millionen Menschen auf. Sein Nachbarland Costa Rica ist eine Demokratie von beachtlicher Stabilität und hat seit 1948 keine Armee mehr. Solch einseitige Abrüstung, behaupten sonst die Pazifisten, wirkt ansteckend. Man sollte meinen, das zunehmend auf Moskau ausgerichtete und von niemandem bedrohte sandinistische Regime sei dem Beispiel Costa Ricas gefolgt und habe Somozas Armee von 7000 Mann aufgelöst.

Es ist doch immerhin bemerkenswert, dass sich gegenwärtig in Nicaragua rund 4000 kubanische Experten befinden, worunter etwa 1700 militärische Berater. Das Ergebnis ist eindrucklich: Die Armee hat bereits eine Stärke von 40 000 Mann erreicht. Zusätzlich wird eine Volksmiliz von rund 200 000 Männern und Frauen nach dem Vorbild der kubanischen Territorial-Miliz ausgebildet, vornehmlich von Kubanern. Doch sind auch schon einige Mitglieder der palästinensischen Befreiungsfront PLO im Einsatz.

Bis anhin war die Sowjetunion der hauptsächlichste Waffenlieferant, einschliesslich T-55-Panzer. Neuerdings darf das Regime auch Waffen aus Frankreich erhoffen. Nicaraguanische



Im benachbarten Salvador: Angehörige der aufständischen Streitkräfte «Farabundo Marti» werden «von einem Ausbildner in der Handhabung einer modernen Infanteriewaffe unterwiesen» («horizont», Ostberlin). Woher kommen die Ausbildner und die modernen Waffen?

Piloten werden in Kuba, Bulgarien und in der Sowjetunion ausgebildet.

Ueber Nicaragua werden kubanische und sowjetische Waffenlieferungen an die linksextremen Guerillas in El Salvador geschleust.

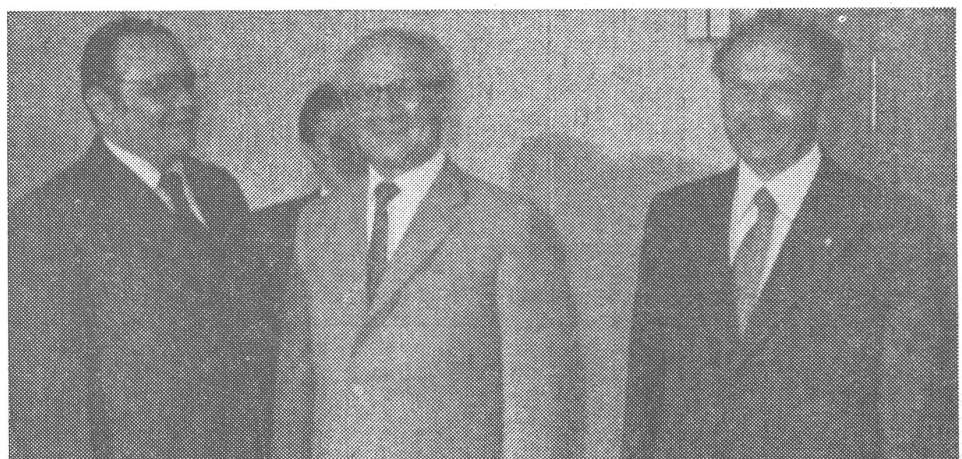
So erweist Nicaragua schon heute der Sowjetunion wertvolle Dienste. Es ist im Begriff, sich zum ersten sowjetischen Stützpunkt auf dem amerikanischen Festland zu entwickeln. Und es könnte, wie Kuba, zu einem Lieferanten von Söldlingen werden, über deren Einsatz dann von Moskau beschlossen würde.

Nicaraguas Annäherung an die UdSSR ist seit langer Zeit vorprogrammiert gewesen. Die Sandinisten haben ihre ideologische Liebe genau wie anfänglich Castro getarnt, um Opposition zu vermeiden und die Unterstützung der wohlmeinenden Naiven zu gewinnen. Indes: Moskau kennt seine Freunde.

Im März 1980 wurde in der Zeitschrift «Latinskaja Amerika» — herausgegeben vom lateinamerikanischen Institut der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften — ein Artikel veröf-

entlicht, dessen Bedeutung erst im Lichte der Entwicklung in Nicaragua augenfällig wird. Dort wurde die Meinung vertreten, dass paramilitärische Formationen wie Fidel Castros «Bewegung des 26. Juli» und wie die Sandinisten die revolutionäre Entwicklung oft wirksamer führen können als orthodoxe kommunistische Parteien. Ferner wurde die nicaraguanische Kommunistische Partei wegen ihrer ungenügenden Unterstützung der Sandinisten kritisiert. Schliesslich wurde allen lateinamerikanischen Kommunisten in Erinnerung gerufen, dass sie kein Monopol auf die Wahrheit besässen — das behält sich Moskau allemal vor — und dass nicht alle revolutionären Linksgruppen Abenteurer seien.

Moskau konnte ohne weiteres sogar das grüne Licht zur Verhaftung von Mitgliedern der Kommunistischen Partei geben, die eingangs geschildert worden ist. Auf dass sich die Sandinisten ein Mäntelchen politischer Ehrbarkeit umlegen können, das den westeuropäischen «Liberalen» die Unterstützung der Sandinisten erleichtern soll. Die Tarnung hat ihre Wirkung jedenfalls nicht verfehlt. (2. Teil folgt)



Der Aussenminister von Nicaragua, Miguel d'Esoto Brockmann, zu Besuch in der DDR bei Partei- und Staatschef Erich Honecker. Rechts der ostdeutsche Aussenminister Oskar Fischer. Es ging um «anti-imperialistische und internationalistische Solidarität».